

Die wichtigsten Aussagen der Redebeiträge haben wir zusammengefasst:

Zu Nr. 8

Herr **Laaken** berief sich auf den Urheber der Muster-Geschäftsordnung, die Herr Harders seinem Vorschlag zugrunde gelegt hatte. Er erläuterte, dass der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund so etwas wie ein Anwalt der Kommunen sei, dem man bedingungslos vertrauen könne. Er halte die Beschränkung für richtig, weil es sonst zu endlosen Diskussionen kommen könne, die jeden zeitlichen Rahmen sprengten. Ohnehin finde ja die Meinungsbildung in den Ausschüssen statt; der Gemeinderat sei lediglich noch das Beschlussgremium.

Herr **Bolland** scheint das anders zu sehen. Er hält die neuen Beschränkungen für richtig, weil die Tagesordnungen in der Fraktion besprochen würden und dann in der Ratssitzung der Sprecher nur noch das Ergebnis der Beratungen verkünden würde.

Herr **Groote** hält die neue Regelung für hinreichend, um einen Standpunkt darzulegen, weil ja nun die Diskussionen in die Ausschüsse verlegt würden. Dort gäbe es jetzt keinerlei Beschränkungen, es könnten sogar Sachverständige gehört werden. Auch er sieht den Rat als Beschlussgremium.

Herr **Lüken** schließt sich den Ausführungen von Herrn Groote an und verweist darauf, dass die Ratsmitglieder ehrenamtlich tätig seien und man daher sorgsam mit deren Zeit umgehen solle.

Herr **Cybalski** verweist darauf, dass die angestrebte Regelung eine Reduzierung der Redemöglichkeiten um 50 % bedeute und damit auch eine Verschlechterung gegenüber den Regelungen in Nachbargemeinden oder dem Landkreis. Er stellt fest, dass nach dem vorliegenden Entwurf die Beschränkungen auch für den Verwaltungsausschuss gelten würden. Sein entsprechender Änderungsantrag wurde einstimmig angenommen, so dass künftig hier das gleiche wie für die anderen Ausschüsse gilt. Er begrüßte es, wenn die Ausschüsse tatsächlich häufiger tagen würden.

Herr **Ertwiens-Buchwald** verweist darauf, dass in der Vergangenheit Ausschusssitzungen zu Zeiten stattfanden, die für berufstätige Bürger nicht wahrgenommen werden konnten.

Mit 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen wurde die neue Geschäftsordnung dann beschlossen. Änderungen zu den Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern erfolgten nicht.

Zu Nr.9

Die Zahl der Beigeordneten wurde in geheimer Abstimmung mit 23 Ja- und 4 Nein-Stimmen auf 8 erhöht. SPD, UWG und CDU plädierten für 8 Sitze, die Grünen und das Einzelratsmitglied Herr Gerdes schlugen 6 Sitze vor.

Der Beitrag von Herrn **Laaken** brachte in der Sache nichts Erhellendes. Er sprach von partnerschaftlichen, ehrlichen Umgangsformen, davon, allen die Hand zu reichen. Er erklärte, es sei ein Mehr an Demokratie, wenn die SPD dafür sei, dass UWG und CDU je einen

weiteren Sitz im Verwaltungsausschuss erhielten. Die SPD wolle keine Politik auf „Biegen und Brechen“ machen. Er zitierte dann noch aus Wikipedia die Definition von Vertrauen. Letztlich blieb es den staunenden Zuhörern aber verborgen, warum die SPD der bisherigen Mehrheit im Verwaltungsausschuss aus UWG, CDU und dem Bürgermeister weiterhin das Feld überlässt.

Herr **Cybalski** erklärte, dass bei 6 Beigeordneten das Wahlergebnis abgebildet würde, bei 8 aber die „alten“ Mehrheitsverhältnisse wiederhergestellt würden. Das könne nur bedeuten, dass die Grünen künftig eine klare Oppositionspolitik machen würden, weil die Entscheidung für die gesamte Wahlperiode zementiert sei.

Herr **Krummen** erläuterte, die Wähler hätten entschieden, die Politik auf „breite Füße“ zu stellen. Alle Fraktionen sollten sich für Ostrhauderfehn einsetzen.

Herr **Groote** stellte fest, der Gemeinderat sei kein Parlament. Er fände es positiv, dass sich keine Gruppen gebildet hätten. Es gäbe viele wichtige Themen, bei denen man um die beste Lösung ringen müsse. Immerhin hätten rd. 87 % nicht die Grünen gewählt. Er hoffe auf einen guten Start.

Herr **Gerdes** sprach sich für 6 Beigeordnete aus. Er ging davon aus, dass jede Partei mit dem Anspruch antrete, Mehrheiten zu erringen. Er könne sich nicht vorstellen, dass die SPD tatsächlich eine größere Schnittmenge mit UWG und CDU habe.

Herr **Amelsberg** schloss sich den Ausführungen der Herren Groote und Laaken an. Er kritisierte, dass Ratsmitglieder, die sich der Stimme enthielten, sich selbst neutralisierten und plädierte für eine Besetzung mit der bisherigen Anzahl.

Herr **Ertwiens-Buchwald** zeigte sich fassungslos und beklagte den Verlust an Demokratie.

Herr **Cybalski** erläuterte, dass bei unbeantworteten Fragen eine Stimmenthaltung nicht bedeute, dass man keine Meinung habe. Er verwies auf fehlendes Vertrauen, weil er im Vorfeld bereits mit den anderen Fraktionen das Gespräch gesucht habe. Er habe von der CDU keine Antwort, von der UWG nur eine Eingangsbestätigung erhalten. Er wisse nicht, wo da Vertrauen herkommen solle.

Herr **Behrens** beantragte „Schluss der Debatte“.